



DER EIDELSTEDTER

Zeitung der **SPD** in Eidelstedt * erscheint alle zwei Monate * November 2013

Dank an alle Wahlhelfer in Eidelstedt

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein langer und intensiver Wahlkampf liegt hinter uns. Trotz des großen Einsatzes von Peer Steinbrück und geringfügiger Zugewinne haben wir unser Ziel, Angela Merkel und diese Bundesregierung abzulösen klar verfehlt. Schlimmer noch, wir sind zum zweiten Mal hintereinander deutlich unter 30% geblieben.

Das ist ein Ergebnis, das wir nicht schön reden dürfen, ich bin deshalb der Meinung, dass wir nach einer so dramatischen Wahlniederlage nicht einfach zur Tagesordnung übergehen dürfen. Wir sollten den vor uns liegenden Bundesparteitag nutzen, um das Ergebnis ausführlich zu diskutieren und eine Strategie zu entwickeln, um 2017 wieder mit dem Anspruch antreten zu können, die Regierung anzuführen und den Kanzler stellen zu können.

Dabei können wir auf der großen Zustimmung aufbauen, die unsere Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn, eine gerechtere Steuerpolitik oder die Mietpreisbremse in der Bevölkerung genießen. Gleichzeitig, das hat unser Konvent beschlossen, haben wir Koalitionsverhandlungen mit der Union aufgenommen.

Dabei werden wir dafür sorgen, dass die SPD mit ihren Kernforderungen wie dem Mindestlohn erkennbar bleibt. Denn nicht zuletzt deshalb haben uns über 11 Millionen Menschen ihre Stimme gegeben. Am Ende werden dann die Mitglieder der SPD darüber entscheiden, ob es eine Koalition geben wird oder nicht.

Der Blick auf das Hamburger Ergebnis fällt dagegen glücklicherweise positiver aus als im Bund. Wir haben es nicht nur geschafft wieder stärkste Kraft zu werden, sondern konnten auch fünf der sechs Wahlkreise direkt gewinnen. Ich bin ein wenig stolz darauf, dass wir in Eimsbüttel zu diesem Ergebnis ebenfalls unseren Beitrag geleistet haben.

Dass wir das 2009 verloren gegangene Direktmandat wieder zurück gewinnen konnten, ist nicht zuletzt auch der Verdienst von euch in Eidelstedt. Ihr habt mit zahlreichen Veranstaltungen, Gesprächen mit wichtigen Multiplikatoren und regelmäßiger Präsenz im Stadtteil wesentlich dazu beigetragen, dass wir in

Eidelstedt mit 37,9 % der Zweitstimmen überdurchschnittlich abgeschnitten haben. Mein persönlicher Dank gilt an dieser Stelle Peter Schreiber, der mich zu einer erneuten Kandidatur ermuntert hat und im Wahlkampf eine ganz große Unterstützung war.

Ich habe mir vorgenommen, nicht nur über den Stand der Verhandlungen in Berlin regelmäßig zu berichten, sondern über die nächsten Jahre möglichst viele der im Wahlkampf geknüpften Kontakte aufzugreifen und vor Ort ansprechbar zu sein. Die Erfahrungen aus

dem Wahlkampf, wie etwa unsere Hausbesuche beim "Tür zu Tür" Wahlkampf können uns dabei schon in dem vor uns liegenden Wahlkampf zum Europäischen Parlament und zu den Bezirksversammlungen helfen, wenn es darum geht, unsere führende Rolle in der Eimsbütteler Kommunalpolitik zu verteidigen. Ich freue mich darauf, dann wieder gemeinsam mit euch Wahlkampf zu machen!

Niels Annen, MdB

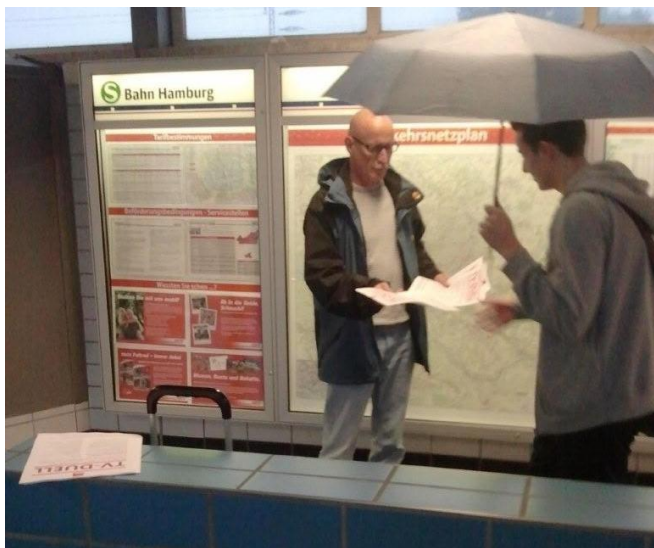


Morgenröte in Eidelstedt

Wahlkampf am S-Bahnhof Elbgaustraße vor dem Frühstück



Am 2. September nach dem Fernsehduell zwischen Merkel und Steinbrück und in der Schlussphase am Freitag vor der Bundestagswahl verteilten unsere Eidelstedter Wahlkämpfer Thomas Fritz, Wolfgang Düvel, Stefan Unger und Wolfgang Gerlach Info-Material am S-Bahnhof Elbgaustraße. Um 6 Uhr in der Frühe begannen die Einsätze und dauerten bis 7:30 Uhr. Beim letzten Einsatz ließ es sich der Kandidat Niels Annen nicht nehmen, mit dabei zu sein.



Politischer Frühschoppen: „GAGFAH - Nachlese: Wurden alle Mängel behoben?“

Am Sonntag, dem 13.10.2013 fand im Restaurant „Lucas“ der erste Frühschoppen der Bürgerschaftsabgeordneten Martina Koeppen und Uwe Koßel nach der Bundestagswahl statt. Bei diesem Frühschoppen handelte es sich um eine Nachlese zur vergangenen Veranstaltung im April, wo es inhaltlich um die Prob-

leme der Eidelstedter Mieter mit der Wohnungsgenossenschaft GAGFAH ging.

Im April klagten viele Anwesenden über Mängel, wie beispielsweise Schimmelwände, kaputte Klingel- und Heizungsanlagen und vieles mehr. Nun wollten die beiden Abgeordneten zusammen mit betroffenen Bürgern überprüfen, ob sich seitdem etwas geändert hat und wenn nein, diese Fragen direkt an die anwesenden Vertreter der GAGFAH stellen. Mit insgesamt ca. 30 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern wurde deutlich, dass sich in der Problematik etwas tut, jedoch musste auch festgestellt werden, dass nicht alle Mängel behoben wurden und neue Mängel auch keine Seltenheit sind.

Während die anwesenden Vertreter der GAGFAH mit der Situation höchst zufrieden waren und davon sprachen, dass fast alle Mängel behoben wurden, sprachen viele der Mieterinnen und Mieter von einer „Fleckenschusterei“ und einer fehlenden Grundsanie rung. Martina Koeppen, die neben dem Bürgerschaftsmandat als Hochbauingenieurin tätig ist, warf außerdem die Frage in den Raum, ob die GAGFAH lediglich umlagefähige Modernisierungsmaßnahmen mit Fördermitteln plane oder auch Instandhaltungsarbeiten an den Objekten durchführen werde

Hierauf konnten die anwesenden Vertreter der GAGFAH nicht schweigen und stellten klar, dass natürlich die Instandsetzung der Wohnungen oberste Priorität hätte. Weiter machten die Vertreter deutlich, dass die GAGFAH einen 5-Jahres-Plan mit etwa 100 Millionen Euro für Modernisierungsmaßnahmen u.a. in den Stadtteilen Eidelstedt, Schnelsen und Lurup bereitgestellt hätte und ab kommenden Jahr bereits mit einer großflächigen Modernisierung in den genannten Stadtteilen begonnen würde.

Diese Aussage wurde von der Anwesenden mit großer Begeisterung aufgenommen, Uwe Koßel stellte aber klar, dass das kein leeres Versprechen seitens der GAGFAH sein dürfte und er zusammen mit Martina Koeppen die Situation weiterhin beobachten und die GAGFAH gegebenenfalls an ihren Fünf-Jahres Plan und die versprochenen 100 Millionen Euro erinnern würde.

Abschließend ist festzustellen, dass die Veranstaltung im April und das Treffen der Abgeordneten mit dem Vorstand der GAGFAH im Juni, einen großen Stein ins Rollen gebracht hat und sich endlich etwas in der Problematik tut. Trotzdem ist ein Ende noch nicht in Sicht und deshalb wird es im nächsten Jahr wieder eine Veranstaltung zu dem genannten Thema geben.

Dagmar Bahr (Mitglied der SPD Eidelstedt)

Steuern rauf für hohe Einkommen

Was sollte in einem Koalitionsvertrag geregelt werden, was ist verhandelbar, was nicht? Eines der wichtigsten Anliegen der SPD war es, die gut verdienenden Bevölkerungsschichten stärker an den Kosten staatlicher Aufgaben zu beteiligen. Inhaltlich geht es in den Verhandlungen jedoch um Mindestlohn, Kommunalfinanzen und Bildungskosten. Die SPD will diese Mehrkosten nicht allein über ein mögliches Wachstum finanzieren, so wie die CDU, sondern aus anderen Quellen. Zu rechtfertigen sind Steuererhöhungen aber aus mehreren Gründen.

Die SPD hat gegenüber der Gesellschaft eine Bringschuld. Dem damaligen Zeitgeist entsprechend, hat sie in der rot-grünen Regierungszeit die Umverteilung von unten nach oben organisiert und kann diesen Prozess nun durch eine entsprechende Steuergesetzgebung korrigieren. Mit der Regierungsübernahme 1998 wurden nicht nur die steuerlichen Belastungen für hohe Einkommen und Unternehmen gesenkt; mit den Hartz IV Reformen verschlechterte sich auch die Lage für Arbeitslose und sie ebneten daneben einem staatlich subventionierten Niedriglohnsektor den Weg.

Zitat: "Die reale steuerliche Belastung der 450 reichsten Deutschen, ... mit einem Jahreseinkommen von ... durchschnittlich gut 36 Millionen Euro hat sich nach Untersuchungen des DIW allein durch die Steuerreformen der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 von 43,1 auf nur noch 31 Prozent verringert. Bei den 46 reichsten Deutschen ... mit einem Durchschnittseinkommen von über 174 Millionen Euro fiel der Rückgang noch stärker aus. Sie zahlen statt 48,2 nur noch 28,7 Prozent Steuern. Wären die Steuersätze von 1998 noch gültig gewesen, hätten beide Gruppen 2005 erheblich mehr zahlen müssen, bei den reichsten 65 Deutschen jeder Einzelne im Durchschnitt knapp 34 Millionen Euro." (M. Hartmann: Soziale Ungleichheit - Kein Thema für die Eliten) Diese andauernde Umverteilung muss behoben werden.

Das zweite Argument weitet nun den Blick auf das, was ein gerechteres Besteuerungssystem erzeugen kann. In dem Buch "Gleichheit bedeutet Glück" von R.

Wilkenson und K. Pickett wird anhand von umfangreichen internationalen Studien begründet, weshalb die Menschen in Gesellschaften mit größerer Einkommensgleichheit besser leben und glücklicher sind als in sehr ungleich strukturierten. Die Steigerung des individuellen wie des gesellschaftlichen Reichtums führt bei armen Ländern zunächst zu einer Verbesserung der Lebensumstände und zu einer Steigerung der Zufriedenheit, also des Glücks bei allen seinen Bewohnern. Wilkenson und Pickett belegen nun, dass diese Steigerung abflacht, wenn eine bestimmten Wohlstandsgrenze erreicht ist und sich sogar in ihr Gegenteil kehrt, sobald die Schere zwischen Armen und Reichen zu weit auseinanderklafft!

In sehr ungleichen Gesellschaften wie z.B. den USA oder Großbritannien führt zunehmendes Wachstum

zu einer Verschlechterung der Lebensumstände und zu sinkender Lebenszufriedenheit. Dies gilt für alle sozialen Schichten, also sowohl für die Reichen wie für die Armen. Die untersuchten Bereiche die mit einer ungleichen Einkommensverteilung im direkten Zusammenhang stehen sind u.a. Gesundheit und soziale Beziehungen, Drogenkonsum, Lebenserwartung, Fettleibigkeit, schulische Leistungen, Teenager-Schwangerschaften, Kriminalität und Gefängnisaufenthalte.

In all diesen Bereichen stehen ungleiche Gesellschaften schlechter da, d.h. die Gesundheit der Bevölkerung ist insgesamt schlechter, der Dro-

genkonsum und die Kriminalität liegen höher usw., als dies in egalitäreren Gesellschaften der Fall ist. Mit anderen Worten ist die Verringerung der Einkommensungleichheit z.B. mittels Steuern ein Königsweg, um auch andere gesellschaftliche Missstände auszugleichen. Sie bilden die Rahmenbedingungen, in denen auch reiche Leute innerhalb eines Staates agieren und von deren Verschlechterung auch sie betroffen sind.

Ein Koalitionsvertrag, in dem keine Steuererhöhungen für hohe Einkommen und Vermögen geregelt werden, sollte von der SPD nicht unterschrieben werden, auch wenn es bei anderen Forderungen zu Einigungen gekommen sein sollte.

Thomas Fritz



Herbstempfang der SPD-Bezirksfraktion

Im Zeichen des Wahlkampfes



So viele Gäste waren noch nie gekommen. Weit über 200 Anmeldungen gingen im Büro der Fraktion ein. Klar, dass der Empfang im Zeichen des Wahlkampfes stand. Als Ehrengast kam Andrea Nahles aus Berlin angereist, die gemeinsam mit dem Bundestagskandidaten Niels Annen und dem Fraktionsvorsitzenden Rüdiger Rust die Gäste begrüßte.



Nicole Sieling, CDU und Peter Schreiber, SPD



Andrea Nahles, Niels Annen, Rüdiger Rust und Milan Pein

Das letzte Wort haben die Mitglieder



Wir haben die Bundestagswahl verloren – leider ziemlich deutlich – und führen nun Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Eine andere Möglichkeit hat sich nicht ergeben, da die „Grünen“ zu viel mit sich selbst zu tun haben und sich wohl nicht zu Unrecht in ihrer jetzigen

Verfassung in der Lage sehen, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Ganz abgesehen von den so häufig zitierten „Schnittmengen“, die wohl auch nicht ausreichen.

Sondierungsgespräche haben ergeben, dass eine große Koalition mit Klugheit und Verantwortungsbewusstsein möglich zu sein scheint. Dabei werden etliche unserer programmatischen, richtigen Vorstellungen auf der Strecke bleiben – Wünsche der CDU übrigens ganz ebenso. Jede der Parteien weiß das und wird es bei den Verhandlungen nicht vergessen. Regiert werden muss aber, Neuwahlen wären die schlechtesten aller Möglichkeiten und werden dem Wahlergebnis nach von unseren Mitbürgern auch nicht gewünscht.

So scheint es mir klug zu sein, ohne feste Vorbedingungen in die Verhandlungen zu gehen – jeder der Kontrahenten weiß sowieso über die Prioritäten des anderen Bescheid.

Unsere wichtigsten 10 Punkte sind den Kontrahenten zudem in einer Liste mitgeteilt worden.

Natürlich sind Steuererhöhungen für die „Bestverdiener“ unserer Gesellschaft, ein wichtiges Anliegen der SPD. Und natürlich spielt das Gerechtigkeitsgefühl dabei eine große Rolle. Noch wichtiger scheint mir aber zu sein, dass die finanziellen Mittel für unsere zukunftsweisenden Pläne ausreichen. Denn: Mindestlohn, gute Bildungschancen für alle, bezahlbare Mieten, eine wesentliche Verbesserung der Infrastruktur, Altersvorsorge, auskömmliche Renten und vieles andere mehr, sollten auch unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit betrachtet werden. In allen diesen Fragen sind nämlich gravierende Ungerechtigkeiten festzustellen. Insofern ist nicht allein die Frage Steuergerechtigkeit nur unter einem Aspekt zu betrachten, sondern Steuererhöhungen sollen dazu dienen, Ungerechtigkeiten durch eine Vielfalt von meistens teuren Maßnahmen zu beseitigen. In diesem Sinne sind sie auch zu befürworten, aber sie werden ein außerordentlich harter Verhandlungsgegenstand werden und die Unionsfraktionen werden alles daran setzen sie zu vermeiden. Die Ansage der SPD aber ist: alle Maß-

nahmen müssen durchgerechnet und finanziert werden, und zwar solide. Die Schuldenbremse gilt auch für den Bund.

Gemessen an unseren Vorstellungen wird ein Koalitionsvertrag sicher nur mäßig befriedigend sein. Bei dieser Tatsache scheint es problematisch zu sein, jetzt eine Festlegung auf einzelne Punkte vorzunehmen, ohne die nicht unterschrieben werden kann. Das letzte Wort über den Koalitionsvertrag haben unsere Mitglieder, die per Briefwahl abstimmen werden. Sie werden mit Sicherheit sehr genau darauf schauen, ob unsere „Handschrift“ deutlich sichtbar ist. Ich bin überzeugt, unsere Verhandlungsmitglieder der Koalitionsrunde werden alles daran setzen, einen zustimmungsfähigen Vertrag vorzulegen.

Elisabeth Kiausch.

Ende gut – alles gut?

Das zähe Ringen um bezahlbare Wärme am Hörgensweg ist beendet

Lange, zu lange, währte der Kampf der Mieterinnen und Mieter in den Saga/GWG- Wohnungen am Hörgensweg. Alles begann, als e.on noch „Hamburger Gaswerke“ hieß und die SAGA/GWG mit diesen Rahmenverträge für Wärmelieferungen an ihre Mieter abschloss. Die Mieter wiederum mussten Einzelverträge direkt mit den Hamburger Gaswerken abschließen. Der Vermieter stand nur noch mit dem „Rahmenvertrag“ dahinter und ließ seine Mieter in Auseinandersetzung über Preis und Verbrauch mit dem Lieferanten allein. Richtig unangenehm wurde die Lage für die Mieter erst, als die Hamburger Gaswerke an e.on verkauft wurden und fortan als ein privates Energieunternehmen die Mieter der Saga/GWG „in den Griff“ nahmen. Fortan stiegen die Preise exorbitant höher an, als es auf dem sonstigen Preismarkt für Gas ohnehin schon tat.

Die Vorgängersenate reagierten auf Anfragen relativ unbeeindruckt, frei nach dem Motto, Energie werde nun mal ganz allgemein teurer und jeder müsse auch sparsam damit wirtschaften. Wie das, fragte man sich hier in der Wohnanlage Hörgensweg, Dallbregen und dem Rebenacker. Inzwischen zahlten Mieter einer 30 qm Einzimmerwohnung schon mal 114 € monatliche Abschlagszahlung an e.on. Und es sind beileibe keine Einzelfälle gewesen, wie gern abwehrend von der Saga/GWG behauptet wurde. Mit der Übernahme der Regierung in Hamburg durch die SPD tat sich nun endlich ein Fenster der Lösung auf. Die Senatorin Jutta Blankau wurde zu dem Thema von Elisabeth Kiausch und Peter Schreiber sensibilisiert. Um sich vor Ort zu

informieren, besuchte sie am 31. August 2012 das Wichmannhaus am Hörgensweg und stellte sich den Fragen der Mieter. Mit dabei waren zwei Vertreter des Mietervereins zu Hamburg und vor allem auch Peter Schreiber, der sich schon seit Jahren für dieses Thema interessiert und engagiert.

Jetzt endlich kam Bewegung in die Sache. Es fügte sich gut, dass der Rahmenvertrag zwischen e.on und der Saga/GWG zum 30.09.2013 kündbar und neu auszuhandeln war. Die Senatorin versprach zwei Dinge mit dem Vorstand der Saga/GWG anzugehen. Zum einen wurde angestrebt, die Einzelverträge zwischen Mietern und e.on zu beenden und eine Ab- und Berechnung der Wärmelieferung fortan nur noch zwischen der Saga/GWG und ihren Mietern vorzunehmen – so wie bei allen anderen Mietverhältnissen auch. Zum anderen sollte die Saga/GWG einen neuen Vertrag mit einem zukünftigen Wärmelieferanten aushandeln und dabei den Grundsatz einer angemessenen Vergleichbarkeit der aktuellen Marktpreise zu beachten.

Am 22.04.2013 wurden Vertreter der SPD- (Peter Schreiber und Tom Ewe) und der Grünen- Bezirksfraktion (Dietmar Kuhlmann) und der Referenten der Senatorin, Ekke Martin Wöhl vom Vorstandsmitglied Willi Hoppenstedt zu einem Gespräch in die Zentralverwaltung der Wohnungsbaugesellschaft empfangen. Herr Hoppenstedt machte klar, die Zielsetzungen der Senatorin umsetzen zu wollen und versprach eine „spürbare Absenkung“ des Preises für Wärmelieferungen.



Im Vorwahlkampf, am 25.05.2013, konnte Jutta Blankau auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Distrikte E-Nord, Eidelstedt und Stellingen den Anwesenden schließlich mitteilen, dass beide Ziele erreicht seien. Ab 01.10.2013 erhalten die Mieter ihre Wärmeabrechnungen von der Saga/GWG. An den Heizkörpern wurden neue Messgeräte für Verbrauchsmessungen angebracht, die neuerdings von der Firma

Techem im Auftrag der Saga/GWG abgelesen werden. Der bisherigen Firma Kaloriemeta, die im Auftrag von e.on die Ablesungen in der Vergangenheit durchführten, wurde gekündigt. Jutta Blankau kündigte zudem an, man werde ab 01.10.2013 damit rechnen können, dass die Preise um ca. 15 % abgesenkt werden.

Die Zukunft wird nun hoffentlich mehr Ruhe in unsere Wohnanlage Hörgensweg, Dallbregen, Rebenacker bringen. Man wird die Altlasten, sprich Rechnungen von e.on noch „abwickeln“ müssen, um die z. T. aufgelaufenen, exorbitant hohen und juristisch auch schon angezweifelte Rechnungsrückstände mit Hilfe des Mietervereins zu Hamburg endgültig aus der Welt zu schaffen.

Alfons Nitze, Mieter im Hörgensweg

Info-Stand nach der Wahl

Der erste Sonnabend im Monat ist Info-Stand-Tag der SPD-Eidelstedt. Diese Tradition währt nun schon viele, viele Jahre. Im Wahlkampf mussten sich die Marktbesucher in Eidelstedt durch die Info-Stände der Parteien förmlich „hindurch kämpfen“, aber am 5. Oktober standen wir – wie meist – allein als einzige Partei auf weiter Flur. Die Bürgerinnen und Bürger nahmen ausnahmslos freundlich unser Angebot zur Bürgersprechstunde an, stellten Fragen und gaben Hinweise.



Klönsschnack im Oktober

Rüdiger Rust informiert zum moderierten Planungsverfahren Eidelstedter Zentrum

Es war der erste Klönsschnack nach der Bundestagswahl und es war an der Zeit, wieder Eidelstedter Themen aufzugreifen. Beide Eidelstedter Wochenblätter wiesen auf die Veranstaltung hin, auf der unser Fraktionsvorsitzender in der Bezirksversammlung, Rüdiger Rust, Informationen zu dem geplanten moderierten

Verfahren einer Bürgerbeteiligung für eine neue Zentrumsplanung in Eidelstedt geben wollte. 24 interessierte EidelstedterInnen und Eidelstedter, Stammgäste, aber auch neue Gesichter kamen letzten Freitag ins Eidelstedter Bürgerhaus.



Es ist erst eine Woche her, da haben Vertreter des Stadtplanungsausschusses und der Verwaltung, unter Mitwirkung einer Beobachterin aus dem Stadtteilbeirat Eidelstedts, unter den Bewerbern, die sich auf die Ausschreibung hin gemeldet haben, eine Firma beauftragt, die nun die Moderation durchführen soll. Es handelt sich um das Büro „Raum und Prozess“, deren Konzept offensichtlich überzeugt hatte. Nun wird dieses Büro ihr Konzept erarbeiten, das sich an den Vorgaben des Antrages des Stadtplanungsausschusses zu orientieren haben wird.

Fragen der Anwesenden, wer soll sich beteiligen, wie erfährt man davon, wie groß soll und darf der Kreis der Mitwirkenden sein, konnten nicht abschließend beantwortet werden. Dabei zeigte sich, dass der Ausschuss gut beraten war, in seinem Antrag die gewünschten Teilnehmer aufzulisten:

die Grundeigentümer, Baugenossenschaften, die Ladenbesitzer, Gewerbetreibende sowie die Werbegemeinschaft, die Marktbesicker, Vertreter des Stadtteilkulturzentrums, Vertreter der Stadtteilkonferenz, Jugendliche aus dem Stadtteil, Vereine (inkl. Sportvereine), Schulen und Kindergärten und interessierte Bürger Eidelstedts (z.B. Vertreter der neu gegründeten Initiative Neues Zentrum Eidelstedt)

Nur so wird letztlich eine übergreifende Akzeptanz möglich sein.

Nicht nur gestreift wurde in diesem Zusammenhang auch das Thema Busbeschleunigung am Eidelstedter Platz. Es sorgte wieder für kontroverse Diskussionen.

Peter Schreiber

Kommunales aus Eidelstedt

Die SPD Fraktion hatte im Regionalausschuss Stellungen / Eidelstedt zwei Anträge eingebracht.

Hundenauslauffläche am Drieschweg.

Im Drieschweg befindet sich eine als Hundenauslaufstelle gekennzeichnete Wiese. Da es an dieser Fläche weder einen Müllbeutelspender (sog. Doggybagstation) noch einen ausreichend großen Mülleimer gibt, ist es auch für diejenigen Hundebesitzer, die die Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner entsorgen möchten, kaum möglich dies zu tun, da der vorhandene Mülleimer stets überfüllt ist. In Selbsthilfe bringen viele Hundebesitzer bereits Müllbeutel mit und haben auch einen Müllsack an einem Baum angebracht, um die Beutel entsorgen zu können. Dieser Müllsack wird jedoch von der Stadtreinigung nicht entsorgt, da es sich nicht um einen offiziellen Mülleimerstandort handelt. Dieser Umstand führt zu verständlichen Unmut sowohl bei den Anwohnern, denen der Geruch des Hundekots buchstäblich stinkt, und den Hundebesitzern, die durchaus bereit wären, den Kot zu entsorgen, wenn es entsprechende Möglichkeiten gäbe.

Da es sich bei dieser Fläche um eine kleine Fläche handelt, kommt es auch immer wieder vor, dass Hunde, wenn sie unachtsam sind, auf die nicht wenig befahrene Straße laufen oder auf den gegenüberliegenden Spielplatz.

Die SPD fordert: die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass bei der Hundewiese im Drieschweg ein Müllbeutelspender (sog. Doggybagstation) und ein größerer oder zusätzlicher Mülleimer aufgestellt wird. Weiter fordert sie, dass es zu einer kürzeren Taktung der Müllbeutelentleerung durch die Stadtreinigung kommt, die Hundenauslauffläche durch einen Zaun eingefriedet wird und Kontrollen zu möglichst unterschiedlichen Zeiten durchgeführt werden, um die Sauberkeit der Hundenauslauffläche zu garantieren.

Im zweiten Antrag geht es um der **Zustand der Brückenverkleidung unter der S- Bahnbrücke Elbgaustraße:**

Bei den Bahnunterführungen Elbgaustraße ist der Geh- und Radweg immens durch Taubenkot verdreckt und das zur Verschönerung der Brückenwände gemalte Graffiti ist mittlerweile stark verblasst und teilweise übersprüht. Insgesamt handelt es sich um drei Brückenbauwerke an der S-Bahn-Haltestelle Elbgaustraße, die in verschiedene Zuständigkeiten fallen und das Problem der immensen Verschmutzung durch Taubenkot ist zurückzuführen auf den fehlenden oder

unzureichenden Schutz gegen die Einnistung von Tauben in den Abdeckungen der Unterseite der Brücken und dem so für Vögel zugänglichen Bereich. Deshalb fordern wir, die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen für die Herstellung eines ausreichenden Taubenschutzes unterwärts der S-Bahn- und Bahnbrücke Elbgaustraße sowie eine Neugestaltung des Graffitis einzusetzen.

Über das Abstimmungsergebnis der beiden Anträge gibt es noch keine Aussage, weil der Redaktionsschluss vor der Sitzung des Regionalausschusses war.

Liebe Genossinnen und Genossen,

leider müssen bei den Umbaumaßnahmen für die Busbeschleunigung am Eidelstedter Platz insgesamt 23 Bäume gefällt werden. Im Gegenzug können aber nur wenige Ersatzpflanzungen am Platz vorgenommen werden. Um eine „negative Bilanz“ für Eidelstedt zu verhindern, haben wir uns bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation dafür eingesetzt, dass Haushaltsmittel für 20 Bäume zur Verfügung gestellt werden, die im öffentlichen Raum in Eidelstedt gepflanzt werden können/sollen.

Gemeinsam mit Dagmar Bahr und Wolfgang Düvel hatten wir die Idee, dass die Standorte von den Bürgerinnen und Bürgern benannt und vom Regionalausschuss (RA) beschlossen werden. Dagmar hat zusammen mit Wolfgang diesen Verfahrensvorschlag in einem Antrag formuliert und in den RA eingebracht und dieser Antrag wurde mit Gegenstimmen der CDU und FDP beschlossen.

Und jetzt brauchen wir Eure Mithilfe und Eure Vorschläge: wo gibt es mögliche Standorte für die 20 Bäume?

Wenn ihr eine Idee für eine Neubepflanzung im öffentlichen Raum habt, ruft uns an, schreibt eine Mail oder schickt einen Brief an folgende Adresse:

SPD - Abgeordnetenbüro Martina Koeppen & Uwe Koeßel

Alte Volksparkstraße 24

22525 Hamburg

Tel. 040 - 63 67 89 15

Fax 040 - 63 67 89 17

martina.koeppen@spd-fraktion-hamburg.de

uwe.kossel@spd-fraktion-hamburg.de

Martina Koeppen & Uwe Koeßel

Sammelaktion für die in Hamburg lebenden Flüchtlinge!

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den letzten Wochen und Monaten wurde viel über den Umgang mit Flüchtlingen diskutiert. Auch in Hamburg ist die Situation problematisch. In unserer Stadt leben zur Zeit mehr als 1000 Flüchtlinge, die regulär Asyl beantragt haben und in einer der städtischen Unterkünfte untergebracht sind.

Trotz der vielen Unterstützung durch Freiwillige fehlt es den Menschen an den elementarsten Dingen. Besonders die einfachsten Hygieneartikel und Winterkleidung werden sehr dringend benötigt.

Deswegen organisieren wir zusammen mit anderen jungen Eidelstedter und Eimsbütteler Genossinnen und Genossen eine Sammelaktion und bitten Euch alle um Eure Hilfe.

Benötigt werden z.B.:

- Hygieneartikel wie: Seife, Duschgel, Deo, Windeln, Toilettenpapier etc.
- Winterkleidung: Mäntel, Schuhe, Handschuhe etc.

Wenn jeder von uns eine Kleinigkeit beisteuert, wäre schon viel getan!

Abgegeben werden können die Sachen direkt bei uns. Meldet euch einfach bei:

Morlin Schmerfeld, Juso-Kreisvorsitzende Eimsbüttel

(Handy-Nr.: [0175-7197468](tel:0175-7197468);

Mail: morlin.schmerfeld@gmx.de)

oder

Armita Kazemi, stellv. Juso-Landesvorsitzende

(Handy-Nr.: [0177-6731907](tel:0177-6731907);

Mail: kazemi.armita@googlemail.com)

Wir werden die gesammelten Dinge dann den Familien direkt übergeben. Vielen Dank für Eure Mithilfe!

Morlin und Armita

Termine

Vorstand:

Jeweils dienstags um 19:30 Uhr im Eidelstedter Bürgerhaus

05.11.2013, 03.12.2013 und 07.01.2014

Info-Stände:

Jeweils sonnabends von 10:30 – 12:30 Uhr am Eidelstedter Platz/Markt

07.12.2013, 04.01.2014

Klönschnack

Jeweils freitags von 15:00 – 17:00 Uhr im Eidelstedter Bürgerhaus

22.11.2014 (ursprünglich sollte es der 15.11. sein, aber aus Termingründen 1 Woche später)

Thema: Stand der Koalitionsverhandlungen, Gast: Niels Annen

Im Dezember: Weihnachtsfeier

Weihnachtsfeier mit Jubilarehrung

Am 14.12.2013, 15 Uhr im Eidelstedter Bürgerhaus, Theatersaal

Der Eidelstedter

Herausgeber: SPD Distrikt Eidelstedt

<http://www.spd-hamburg.de/organisationen/spd-eidelstedt/>

Konto-Nr. 118192020 BLZ 20010020

Postbank Hamburg

Redaktion:

Franziska Böwer franzi.boewer@live.de

Armita Kazemi armita.kazemi@gmx.de

Layout: Gerlind Böwer

Distriktvorsitzender

Peter Schreiber (V.i.S.d.P.) Tel. 040 5711397

pg.schreiber@t-online.de